

dieser Erklärung der Sowjetregierung die Handelsschifffahrt eines souveränen, unabhängigen, friedliebenden, demokratischen Staates, der unter Führung unserer Partei vor allem von dem Willen durchdrungen ist, durch Handelsbeziehungen auf gleichberechtigter Grundlage mit allen Ländern die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen mit ihnen, vor allem mit der großen sozialistischen Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern, zu festigen. (Beifall.)

Im Westen unserer Heimat ist das Gegenteil der Fall. Die Häfen in der Deutschen Demokratischen Republik haben eine große Perspektive. Der Hamburger Hafen aber, der einmal für ganz Deutschland das Tor zur Welt war, liegt infolge der volksfeindlichen amerikanischen Politik Adenauers, infolge der Blockade des Handels mit den ost- und südosteuropäischen Ländern und der Volksrepublik China zu einem erheblichen Teil still. Die Herstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage wird die Hafentarbeiter Hamburgs und anderer Häfen Westdeutschlands von Arbeitslosigkeit befreien, und Hamburg wird wieder das Tor zum Welthandel sein. Den Hafentarbeitern und Seeleuten in Westdeutschland zu helfen, das zu erkennen, ist eine wichtige Aufgabe der Partei im Bezirk Rostock.

Von diesem Gesichtspunkt aus hat die Verordnung des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik vom 10. Dezember 1953 eine große Bedeutung für die weitere Entwicklung unserer Häfen, da sie die Arbeits- und Lebensbedingungen der Hafentarbeiter und Seeleute der Deutschen Demokratischen Republik weiter verbessert. Den Hafentarbeitern und Seeleuten in Westdeutschland zeigt die Verordnung die Überlegenheit unserer Arbeiter- und Bauernmacht über die Macht der Kapitalisten, Junker und Kriegstreiber in Westdeutschland.

Die Bezirksleitung Rostock der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands nahm in den Monaten Januar und März dieses Jahres zur Verwirklichung dieser Verordnung durch die Genossen in den Leitungen der Parteiorganisationen, im Staatsapparat und in den Gewerkschaften Stellung. Sie stellte fest, daß schon Anfangserfolge in der Realisierung der Verordnung vorhanden sind. Die Verordnung wurde zum Beispiel in einer Leitungssitzung der Parteiorganisation in den Häfen, in einer Mitgliederversammlung und in einer von der Gewerkschaft einberufenen Betriebsversammlung der Häfen Rostock, Wismar und Stralsund behandelt. Ein ernster Mangel war, daß die